

SPD findet Beiträge unfair

KINDERGARTEN Keine
Befreiung von
Gebühren für
Geschwister

VON TOBIAS CHRIST

Wesseling. Die Wesselingener Regelung für Geschwisterkinder in Kindergärten treibt die SPD auf die Barrikaden. Auf Beschluss der nordrhein-westfälischen Landesregierung sind Kinder im letzten Kindergartenjahr beitragsfrei, natürlich auch in Wesseling. Dafür wird die Stadt vom Land finanziell entschädigt. Für Geschwisterkinder wird in Wesseling allerdings der volle Beitragssatz erhoben. Unfair findet das die SPD und forderte im Jugendhilfe-Ausschuss per Dringlichkeitsantrag, jüngere Geschwisterkinder ebenfalls beitragsfrei zu stellen. Schließlich entstehe der Stadt für die Beitragsbefreiung der Kinder im letzten Kita-Jahr kein finanzieller Nachteil. Doch der Antrag fiel – äußerst knapp – durch. Die fünf Stimmen von SPD, Grünen und einem freien Träger standen fünf Gegenstimmen von CDU und FDP gegenüber. Vier weitere freie Träger enthielten sich. Auch die Verwaltung will sich nicht auf die Seite der SPD stellen. Sie beruft sich auf die geltende Satzung, wonach Eltern mit mehreren Kindergarten-Kindern nur einmal zahlen müssen. „Dass gar nichts gezahlt wird, sieht unsere Satzung nicht vor“, so Verwaltungsdirektor Manfred Hummelsheim.

Unterm Strich nimmt die Stadt nun mehr ein als vorher, rund 38 000 Euro pro Jahr. „Die Kommunen müssen alle Einnahmelmöglichkeiten ausschöpfen“, so Hummelsheim: „Wir dürfen nicht auf Beiträge verzichten.“ Auch Ausschuss-Vorsitzender Olaf Krah (CDU) verweist auf den städtischen Nothaushalt. Die SPD hat dafür kein Verständnis: „Dass sich CDU und FDP nun auf Kosten der Familien ‚bereichern‘ wollen, um angeblich den Haushalt zu konsolidieren, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten“, heißt es in einer Pressemitteilung. Schließlich hätten CDU und FDP auch auf die jährlich 250 000 Euro verzichtet, die die Einführung von Parkgebühren einbringen würde. SPD-Stadtverordender Helmut Latak zeigte sich auch enttäuscht über die Enthaltungen der freien Träger, die dadurch „letztlich ihre eigene Klientel bestrafen“.

Die Stadt hat unterdessen die neuen Gebührenbescheide bereits verschickt. Beschwerden von den Eltern habe es bisher keine gegeben, so Hummelsheim.